

Wyk auf Föhr, 07. November 2019

PRESSEMITTEILUNG**Ärztliche Versorgung, Sedimentverklappung und Klimaschutz als wichtigste Themen der 44. Mitgliederversammlung der Insel- und Halligkonferenz**

23 Vertreter*innen der nordfriesischen Inseln und Halligen sowie Helgoland trafen sich am 24. und 25. Oktober 2019 auf Amrum, um sich über die drängendsten Herausforderungen auszutauschen und gemeinsame Forderungen an die Landes- und Bundespolitik zu formulieren.

So ging Irene Fuhrmann von der Koordinationsstelle für innovative Wohn- und Pflegeformen im Alter in Schleswig-Holstein auf die Frage ein, wie ein selbstbestimmtes Leben im Alter auch bei Pflege- und Unterstützungsbedarf möglich sein kann. Reges Interesse fand das Modell der Wohn-Pflege-Gemeinschaften, bei dem sich 6-12 Seniorinnen und Senioren gemeinschaftlich Räume wie Küche, Wohnzimmer und Waschküche teilen, jedoch mit eigenem Wohnbereich und nach Möglichkeit eigenem Bad. Gemeinsam sucht die Wohngemeinschaft nach einem Pflegeanbieter, der vertraglich für alle Bewohnerinnen und Bewohner zuständig ist. Um den Wohngruppenzuschlag der Pflegeversicherung in Anspruch nehmen zu können, dürfen die Gruppen nicht größer als 12 Personen sein. Das Modell wird derzeit auf Amrum diskutiert.

Laura Löffler von der Ärztegenossenschaft Nord eG berichtete über Stolpersteine bei der Schaffung von Angeboten zur medizinischen Versorgung, insbesondere im Bereich der hausärztlichen Versorgung. Die neue Generation der Ärztinnen und Ärzte stelle andere Anforderungen an den Beruf: Sie fordere gute Arbeits- und Lebensbedingungen und insbesondere eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Anders als früher ist für diese neue Ärzte-Generation ein Angestelltenverhältnis daher oftmals attraktiver als eine eigene Praxis. Hier könnten die Inseln und Halligen im Wettbewerb um Ärzte punkten, indem sie gute Arbeitsplätze in so genannten Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) bei gleichzeitig hoher Lebensqualität für Familien bieten.

Ruth Hesse vom Gesundheitsministerium des Landes Schleswig-Holstein gab zu, dass es Lücken in der fachärztlichen Versorgung auf Amrum, Pellworm und den Halligen gäbe, die nicht von den Hausärzten mit abgedeckt werden könnten. Deswegen habe das Land unterschiedliche alternative Versorgungsmodelle entwickelt, die derzeit in der Erprobung seien. Dabei ginge es zum einen um die Unterstützung von Allgemeinmedizinern durch fachärztliches Knowhow, zum anderen darum, die Patienten direkt in Kontakt mit Fachärzten zu bringen. Für beides sei die Telemedizin der Schlüssel. Als Beispiele nannte sie die konsiliarische Beratung in der Behandlung von Schmerzpatienten, Telemedizin für den ländlichen Raum z.B. mit Dermatologen, Augenärzten, Rheumatologen, das Projekt HALLIGeMED bei der Halligpfleger*innen unter Anleitung auch ärztliche Leistungen erbringen dürfen sowie eine telemedizinisch gestützte Tagesklinik für Patienten mit Parkinson und Bewegungsstörungen oder auch die Videobehandlung von Notfallpatienten. Voraussetzung für alle Bereiche ist jedoch eine stabile Breitbandversorgung, die auf den Inseln und Halligen noch nicht überall gegeben ist. Zudem bedarf es individueller Lösungen, um die sichere Übertragung sensibler Daten gewährleisten zu können, was technisch machbar ist.

Norddorfs Bürgermeister Christoph Decker brachte das Thema des stark schwankenden Bedarfs zur Sprache. Wenn in der Hochsaison die rund 10.000 Gästebetten auf Amrum nahezu ausgelastet seien, befänden sich zunehmend auch ältere Gäste darunter. Dies müsse bei der

Bedarfsermittlung für die ärztliche Versorgung mitberücksichtigt werden, zumal die medizinische Versorgung oft auch Entscheidungskriterium bei der Wahl des Reiseziels sei.

Pellworms Bürgermeister Dr. Norbert Nieszery begrüßte es, dass im Ministerium erstmals ein Referat für sektorenübergreifende Versorgung eingerichtet worden sei. Er regte an, für die Inseln und Halligen über ein gemeinsames Budget nachzudenken, in das sowohl Pflegekassen als auch Krankenkassen einzahlen. Die Mitglieder befürworteten den Vorschlag. Generell müsse es von Seiten der Institutionen mehr Mut zu neuen, unkonventionellen Lösungen im Einzelfall geben, die auf die Besonderheiten der Inseln und Halligen zugeschnitten seien.

Ein Dauerbrenner wurde von den Gemeinden ebenfalls angesprochen: Die Kostenerstattung für das Aufsuchen von Fachärzten auf dem Festland. Hier konnte Frau Hesse leider keine Hoffnungen machen. Es handele sich um eine bundesweite Regelung, die es verbiete, dass Fahrkosten von den Kassen übernommen werden.

Bei einem weiteren Thema, dem Sediment- und Bodenmanagement im Wattenmeer, gibt es hingegen seit vielen Jahren keine Bewegung in die richtige Richtung. Das wurde auch in der Podiumsdiskussion mit den drei Experten Dr. Henrich Röper (Hamburg Port Authority), Dr. Jacobus Hofstede (Umweltministerium des Landes Schleswig-Holstein) und Dr. Peter Ruland (Rambøil Deutschland) deutlich. Die Fachleute konnten sich nicht auf Lösungsvorschläge oder Handlungsempfehlungen einigen. Es wurden lediglich verschiedene wissenschaftliche Ansätze nebeneinandergestellt, was von den Teilnehmenden als wenig zufriedenstellend wahrgenommen wurde.

Zum Hintergrund: Die Insel- und Halligkonferenz spricht sich seit vielen Jahren vehement gegen jedwede Verklappung von teils schadstoffbelastetem Sediment aus dem Hamburger Hafen in die Nordsee aus. Eigentlich sollte damit 2011 auch Schluss sein. Da die Sedimentverbringung aber ein gutes Geschäft für alle Beteiligten sei, sind echte Alternativen zur Verklappung bislang nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Erschwerend kommt hinzu, dass sich durch das extrem niedrige Oberwasser der letzten Jahre die Sedimentablagerung noch verstärkt hat. Spätestens ab der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, so Dr. Hofstede, werde die Lage kritisch.

Der Vorsitzende der Insel- und Halligkonferenz, Manfred Uekermann forderte energisch, in Regionen und nicht in Ländergrenzen zu denken: „Hamburg und Schleswig-Holstein müssen mit einer Stimme sprechen!“ Der einzig sinnvolle Weg sei, das Material aufzubereiten und dann wieder einzubringen, z.B. für den Deichbau. Dies sei zwar teuer, aber nur so sei langfristig eine nachhaltige Lösung des Problems zu erreichen, wenn man Hamburg als Welthafen konkurrenzfähig halten wolle.

Als Ergebnis der 44. Mitgliederversammlung des Insel- und Halligkonferenz e.V. wurde die Inselresolution zur Kooperation deutscher Inseln und Halligen für Anpassungsprozesse an die Folgen des Klimawandels und Vorbild für touristische Destinationen verabschiedet. Sie ist unter www.inselundhalligkonferenz.de einzusehen.

Weitere Informationen:

Manfred Uekermann, Vorsitzender: Tel. 0151 – 50 40 57 00

Natalie Eckelt, Geschäftsführung: Tel. 0151 – 50 67 04 88